

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 255 - 27. Jahrgang

Dez./Jan. 2019/20

Spendenbeitrag 50 Cent

BILDUNGSaufSTAND

Einen neuen Landesvorstand gewählt und den Bildungsnotstand ausgerufen – das ist die Bilanz des Landesparteitages in Kühlungsborn am 30.11./1.12.

Viel wurde im Vorfeld des Parteitages über Mitgliederschwund und Finanznöte im Landesverband der LINKEN M-V gesprochen. Die beiden Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplin zeigten in ihrer Eröffnung der Versammlung, wie lebendig und aktiv unsere Partei dank ihrer Mitglieder trotzdem ist. In den Parlamenten, an der Seite von Bewegungen und Bürgerinitiativen, auf Demonstrationen. Unsere Mitglieder, die Basis, sind die Wurzeln unserer Partei, die es zu stärken gilt, damit die Ähre gedeiht – mit diesem Vergleich traf der gastgebende Kreisvorsitzende Peter Hörnig in seinem Grußwort ins Schwarze und nutzte die Gelegenheit, der langjährigen Sympathisantin Kerstin Georgi einen Antrag zu machen. Einen Antrag auf Mitgliedschaft. Kerstin nahm diesen Antrag gerne an.

Unsere Verwurzelung in den Gewerkschaften ist sicherlich noch ausbaufähig, aber die Ansätze sind vielversprechend. Genosse Jörg Dahms von der NGG berichtete davon, dass die Arbeitgeber (sehr viele westdeutscher Herkunft) in M-V ein Interesse daran haben, dass wir Billiglohnland bleiben. Dabei ist der Umsatz im Tourismusgewerbe bei uns pro Beschäftigten deutlich höher als z.B. im Westen. Warum werden dann Niedriglöhne gezahlt? Wir müssen daran arbeiten, aus den Köpfen zu bekommen, dass M-V nur als Billiglohnland bestehen kann. Auch dazu überbrachte Dahms das Angebot des DGB, enger mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten.

Unser Landesverband will sein politisches

Profil schärfen. An der antikapitalistischen Ausrichtung ließen auch die beiden wiedergewählten Landesvorsitzenden (Torsten 72%, Wenke 62%) keinen Zweifel. Die erste revolutionäre Tat sei zu sagen, was ist, meinte Torsten Koplin. Aber vor allem müssen wir die Ursachen für die Zustände klar benennen (der Kapitalismus!) und mit Entschiedenheit die Eigentums-



frage stellen. Wir brauchen mehr öffentliches Eigentum! Zum Beispiel öffentliche Kinderkliniken, die nicht dichtmachen, weil die Behandlung kranker Kinder sich nicht rechnet. Wenke schilderte am Beispiel des ÖPNV die Folgen neoliberalen Sparwahns für die Menschen in M-V. Heiße Debatten gab es hingegen auch aus Anlass einiger Anträge, die vor allem die Ökologische Plattform einbrachte. Sie will dem Landesverband ein klares grünes Profil verleihen. Vor allem in der Agrarpolitik gab es dazu deutlichen Widerspruch. Hier wurde von einigen Delegierten mehr Rücksicht auf die Landwirte und ihre ökonomischen Interessen gefordert. Wir sollten mehr mit den Bauern reden! Landwirte würden schon viel für Natur- und Artenschutz tun – aber zu wenig, warfen andere ein. Den Insektenschwund könne

man nicht einfach wegdiskutieren.

Einig war sich der Parteitag darin, dass wir auch in der Klimapolitik die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen müssen. Öko muss man sich auch leisten können! Eine Mobilitätsgarantie forderte Parteichefin Katja Kipping. Wir kritisieren die Missstände im Kapitalismus, da sind wir schon sehr konsequent (aber manchmal

nicht laut genug) – aber reicht das? Katja Kipping sieht unsere Partei in einer neuen Phase, in der wir den Menschen unmissverständlich sagen müssen, **wofür** wir stehen. Wir müssen bereit sein, in Regierungen politische Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen „Umsetzungskompetenz“, damit die Menschen nicht mehr sagen können: DIE LINKE hat ja Recht, aber umsetzen kann sie nichts. In diesem Zusammenhang kritisierte Katja auch den oft aufgestellten Gegensatz zwischen Regierungen und außerparlamentarischen Bewegungen. Beide müssten zusammenarbeiten, DIE LINKE müsse die Anliegen der sozialen Bewegungen in die Parlamente tragen. Anschaulich legte sie auch dar, dass wir unterschiedliche Milieus nicht gegeneinander ausspielen sollten („Latte Macchiato-Trinker“ gegen HartzIV-Empfänger), sondern deren gemeinsame Interessen ansprechen müssen. Das ist verbindende Klassenpolitik!

Die Themen der nächsten Jahre liegen auf der Hand. Da ist die Digitalisierung. Technischer Fortschritt dürfe nicht mehr Ausbeutung von Arbeitnehmern bedeuten, mahnte Katja Kipping. Er müsse allen zugutekommen. Dietmar Bartsch sieht in der Spaltung zwischen Stadt und Land ein bedeutendes Gegenwartsthema, ganz besonders auch für unser Bundesland.

Fortsetzung auf S. 3

**In dieser
Ausgabe**

**Seite 2: 30 Jahre Mauerfall
Seite 3: Landesparteitag
Seite 4/5: Neujahrsgrüße
Seite 5: Rotfeder und Petra Pau
Seite 6/7: Weg mit Hartz IV**

**Seite 8/9: Sahra Wagenknecht
Seite 10: AG Senioren
Seite 10/11: Klärschlamm
Seite 12/13: VVN-BdA
Seite 14: Plattdeutsches**

Liebe Leserinnen und Leser, ein anstrengender Landesparteitag inklusive An- und Abreise liegt hinter uns. Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit seinem ausgedünnten ÖPNV ist es gar nicht so einfach, ans Ziel zu gelangen. Besonders schlimm traf es eine Delegierte aus dem Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte, die am Freitag kurz nach 16 Uhr in den Zug oder Bus hätte steigen müssen, um rechtzeitig am Samstag um 10 zum Beginn des Parteitages anzukommen. Alles rein theoretisch, denn sie hat sicher ein Auto. Auch wenn DIE LINKE um ein ökologisches Profil ringt, will sie die Autos nicht verbieten. Dann droht nämlich aufgrund fehlender Bus- und Bahnverbindungen der Mobilitätskollaps in M-V.

Es war ein interessanter Parteitag, der uns viel neuen Schwung für die politische Arbeit geben kann. Den Bildungsaufstand wagen, das sozialökologische Profil unseres Landesverbandes schärfen, Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben ... Finanziell und strukturell wird es unser Landesverband schwerer haben, aber das lässt sich kompensieren durch umso

größeres Engagement jedes Einzelnen in einer streitbaren, aber solidarisch verfassten Partei. Keine Frage, dafür müssen auch bei uns im Landesverband noch einige Gräben geschlossen werden. Das zeigen nicht zuletzt die Wahlergebnisse der Landesvorsitzenden.

Herzliche Grüße der Redaktion gehen an unseren Leser Manfred Adam, der am 2. Dezember 90 Jahre alt wird. Manfred hat gelegentlich auch für unsere Zeitung geschrieben. Wir wünschen ihm alles Gute! Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung, ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*



AKTUELLES

Beschäftigte in Hotels und Gaststätten haben faire Löhne verdient

Zur 2. Runde der Tarifverhandlungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Mecklenburg-Vorpommern erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass die Frauen und Männer, die unser Bundesland über Jahre hinweg in Deutschland zum Spitzenreiter im Tourismus machen, immer noch nicht angemessen für ihre Leistung bezahlt werden. Abgesehen vom Grundgehalt, das deutlich über dem Mindestlohn liegen muss, gehören Feiertags- und Wochenendzuschläge genauso dazu wie ein



Weihnachts- oder Urlaubsgeld.

Auch vor dem Hintergrund des an allen Ecken und Enden fehlenden Nachwuchses muss die Auszubildendenvergütung weiter angehoben werden. Zudem müssen die Vorschriften, die für diese Ausbildung gelten, eingehalten und strenger kontrolliert werden. Es ist unverantwortlich, wenn Jugendliche regelmäßig Überstunden leisten müssen und diese obendrein nicht vergütet werden.

Seit Jahren sind zahlreiche Stellen für Ausbildungsberufe in der Branche nicht besetzt. Es ist höchste Zeit, dass sich die Unternehmen bewegen und den Beschäftigten deutlich stärker entgegenkommen. Es nutzt niemandem, wenn wir den Spitzenplatz im Tourismus zu Lasten unterbezahlter und unzufriedener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen und die Auszubildenden weiter das Land verlassen. Die seit Jahren praktizierte falsche Lohn- und Ausbildungspolitik führt lediglich dazu, dass die Qualität sinkt, unzufriedene Gäste nicht wiederkommen und junge Leute in anderen Ländern ihr Glück suchen.“

30 Jahre Mauerfall muss Auftrag sein, das Land sozial zu einen

Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

„30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Mauerfall sind historische Momente von großer Hoffnung und Zuversicht. Der Aufbruch des Herbstes 1989 geht als eine beispiellose Demokratiebewegung in die deutsche Geschichte ein. Die Friedliche Revolution war eine historische Leistung, auf die die Ostdeutschen stolz sein können. Doch Hoffnungen und Enttäuschungen lagen nah beieinander. Auf den Aufbruch 1989 folgten Ohnmachtserfahrungen in den 1990er Jahren.

30 Jahre Mauerfall ist heute Auftrag, das Land sozial zu einen und endlich gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Die aktuelle Bundesregierung versagt bei diesen Aufgaben. Wir sollten uns an einem solchen Tag fragen, wie es dazu kommen konnte, dass das Land heute sozial, kulturell und politisch zwischen Städten und ländlichen Regionen so gespalten und polarisiert ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Vor 30 Jahren waren für die meisten Menschen in Ost und West die heutige soziale Spaltung des Landes und die grassierende ökonomische Unsicherheit unvorstellbar. Wir treten dafür ein, dass wir spätestens den 35. Jahrestag des Mauerfalls in einem sozialeren und gerechten Land begehen. Und wir brauchen mehr Fairness zwischen Ost und West. Wir fordern kein Extra-Paket für den Osten, sondern einen Pakt für föderale Fairness - bei Löhnen, Renten, Personal, Behörden, Forschungseinrichtungen und Bundesunternehmen. Das wäre strukturpolitisch sinnvoll und von hoher Symbolkraft. Es geht um Augenhöhe, die dringend notwendig ist 30 Jahre nach dem Mauerfall.“



LANDESPARTEITAG IN KÜHLUNGSBORN

Fortsetzung von S. 1

Der Parteitag verabschiedete neue Grundsätze zur Finanzierung der politischen Arbeit im Landesverband. Allein 2019



Neu im Landesvorstand: Christian Albrecht



Susanne Krone
stellv. Landesvorsitzende



Die Gewerkschafterin Jutta Reinders wurde ebenfalls neu in den Landesvorstand gewählt.

fahren wir ein Defizit i.H.v. 300.000 Euro ein. Gespart wird vor allem beim Personal (ohne Entlassungen!) – ab 2023 wird es im ganzen Landesverband nur noch 7 Vollzeitbeschäftigte geben, darunter vier Regionalgeschäftsführer (für Rostock und LRO bereits ab 2020: Andreas Reinke). Die Reform sorgte in vielen Kreisverbän-

den für ein Grummeln (nicht zuletzt auch im Landkreis Rostock), erscheint einer großen Mehrheit aber unausweichlich, um überhaupt die Handlungsfähigkeit der Linkspartei in M-V zu sichern.

In einer Resolution stellte sich der Parteitag an die Seite des kubanischen Volkes gegen die US-Sanktionen, die v.a. im medizinischen Bereich katastrophale Folgen haben. Eine knappe Mehrheit fand der Antrag des Jugendverbandes, dass er künftig bei Landtagswahlen ein Vorschlagsrecht für einen sicheren Listenplatz haben soll. Damit soll sichergestellt werden, dass mehr junge Menschen ins Parlament kommen – damit will die LINKE dann auch bei

jungen Wählern punkten.

Zu den Wahlen der Gremien aus Sicht unserer beiden Kreisverbände: Susanne Krone (die in ihrer Rede mehr Rücksicht auf reine Ehrenamtler forderte) wurde als stv. Landesvorsitzende bestätigt; wieder im Landesvorstand sind Eva-Maria Kröger und Margit Glasow, von nun an „unterstützt“ durch Jutta Reinders und Christian Albrecht. Christoph Küsters arbeitet nun im Bundesausschuss mit, Lisa Kranig und Karsten Kolbe in der Landesschiedskommission, Gudrun Pach in der Finanzrevisionskommission. Bemerkenswert ist, dass zwei weibliche Plätze im Landesvorstand unbesetzt bleiben, da es keine Bewerberinnen mehr gab.

Was treibt uns in den kommenden Monaten um? Die Medien haben es schon aufgegriffen: DIE LINKE hat für M-V den Bildungsnotstand ausgerufen und zum Bildungsaufstand aufgerufen. Richtig böse wird unsere Fraktionsvorsitzende im Landtag, Simone Oldenburg, wenn sie an das Versagen der Landesregierung in der Bildungspolitik denkt. Wer ein Kind habe, eines kenne oder schon einmal eines gesehen habe, dürfe in M-V als Lehrer arbeiten. Auch wenn man nur eine Ausbildung als Gärtner oder

Buchbinder habe. 85% Abbrecher im Lehramtsstudium, die Hälfte der Referendariate nicht besetzt, massiver Unterrichtsausfall – das ist die Bilanz der Schweriner Groko, die darüber selbstgefällig hinwegsieht. DIE LINKE startet nun eine Volksinitiative, um konkret diesen Missstand anzugehen: Wir fordern vor allem die Einstellung von 1000 zusätzlichen Lehrern, mehr Deutsch- und Matheunterricht in der Grundschule, weniger Schulausfall und kleinere Schulklassen. Mehr dazu unter www.bildungsnotstand.de und demnächst im KLARTEXT. 15.000 Unterschriften müssen wir in M-V mindestens sammeln, damit sich die Landesregierung mit unseren Forderungen auseinandersetzt. Das ist auch unsere Aufgabe in Rostock und im Landkreis in den kommenden Monaten.

Der Landesparteitag war sehr gut und vielfältig organisiert, auch am Rande gab es interessante Infostände und die Treuhand-Ausstellung der RLS. Viele niveauvolle Reden wirkten motivierend und lassen Einen nicht bange werden beim Gedanken an die Zukunft unserer Partei. Für inhaltliche Kontroversen bräuchten die Parteitage aber eine andere Struktur, damit auch wirkliche Debatten zustande kommen. Darum kann sich der neue Landesvorstand ja mal kümmern!

Text: Carsten Penzlin, Fotos: DIE LINKE.M-V



»Deutschland braucht Wohnungen statt Waffen!«

Dietmar Bartsch auf dem Landesparteitag in Kühlungsborn

www.die-linke-mv.de

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender im Bundestag

NEUJAHRSGRÜSSE DER KREISVORSITZENDEN

LANDKREIS ROSTOCK

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Liebe Freunde!

Das Jahr 2019 neigt sich seinem Ende entgegen und einige unter uns werden sich fragen, wo es denn geblieben ist. Andere wiederum sind froh, dass das Jahr endlich zu Ende geht. Glück und Leid liegen oft ganz eng beieinander.



Das vergehende Jahr wurde besonders geprägt durch die Wahl zum Europäischen Parlament und die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019.

Liebe Mitglieder und Sympathisant*innen aus dem Landkreis Rostock, im Namen der Mitglieder des Kreisvorstandes bedanke ich mich bei allen, die sich aktiv in den diesjährigen Wahlkampf eingebracht haben! Sei es als Kandidatin oder Kandidat für ein kommunales Mandat, bei der Vorbereitung der Plakate, beim Plakatieren, beim Verteilen von Materialien, am Info-Stand oder durch finanzielle Unterstützung – **allen gehört unser Dank!**

Die vor uns liegenden zwei Jahre 2020 und 2021 stellen wiederum große Anforderungen an uns. Ab sofort müssen wir mit der personellen und organisatorischen Vorbereitung der Bundes- und Landtagswahlen 2021 beginnen.

Aus den Wahlkämpfen und dem täglichen Leben haben wir gelernt, mit offenen Ohren die Probleme unserer Mitmenschen aufzunehmen, sie in unsere politische Arbeit aufzugreifen. Wenn wir uns deren Pro-

blemen annehmen und an deren Lösung arbeiten, dann treffen wir hoffentlich den Nerv unserer Mitmenschen und bewegen den einen oder anderen vielleicht zum aktiven Mitwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde! Gestattet mir zum Ende meiner Arbeit als Kreisvorsitzender ein paar persönliche Worte.

Wir wollen Projekte im ländlichen Raum entwickeln, die diesen lebenswerter machen. Ein anspruchsvolles Ziel, das viele Ideen und Mitkämpfer*innen bedarf. Mitkämpfer*innen gewinnt man aber nur, wenn man ausstrahlt, sich voll und ganz einer Idee verschreibt.

Wir sind 1990 angetreten nicht nur um die Partei zu retten, nein, um sie besser zu machen, eine Partei zu gestalten, die sich den Problemen der Menschen stellt. Eine Partei zu schaffen in der man Mitglied ist, um etwas zu bewegen. Nicht aus Karrieregründen.

Maßstab einer Partei sollte das Gesamterscheinungsbild sein. Unsere Partei muss an den Wurzeln gestärkt werden und nicht am Gipfel. Es nützt uns nichts, wenn wir aufs Feinste eingerichtete Bundes- und Landeszentralen haben. Die Wurzeln tragen unsere Partei, die Parteibasis muss gestärkt werden, Solidarität, solidarisches Verhalten muss eine wesentlich größere Rolle im Parteilalltag spielen.

Dabei muss es eigentlich egal sein welchem Landesverband oder Kreisverband man angehört.

Wir sind eine Partei!!!

Leider sieht das praktische Leben ganz anders aus und das ist sehr schade. Die Beschäftigung mit uns selbst führt geradezu weg von den eigentlichen Problemen der Menschen und macht uns beliebig. Dagegen müssen wir uns wehren! Keine und Keiner darf vergessen, wodurch sie oder er das geworden ist, was sie sind. Egal ob im Bundestag oder in den Landtagen!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Ich bedanke mich bei euch für die im Jahr 2019 geleistete Arbeit.

Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen Partner*innen in den Bündnissen, Vereinen und Verbänden für die gute Zusammenarbeit in der Hoffnung, dass sie auch im kommenden Jahr erfolgreich fortgeführt wird.

Ich wünsche allen ein friedliches und

besinnliches Weihnachtsfest.

Für das neue Jahr wünsche ich uns Frieden, bestmögliche Gesundheit und viel Kraft, um die vor uns stehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen!

Peter Hörnig
Vorsitzender DIE LINKE.Kreisverband
Landkreis Rostock

ROSTOCK

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe KLARTEXT-Leser*innen, schon kommen wir in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Das Jahr 2020 wird uns keine Wahlkämpfe, aber wichtige Jahrestage bringen.

Am 8. Mai werden wir auf 75 Jahre Befreiung vom Faschismus zurückblicken. Antifaschismus ist in diesem Land immer noch kein politischer Konsens. Antifaschist*innen werden kriminalisiert. Sie werden – und das ist besonders perfide – als angebliche Extremisten mit Rechtsradikalen auf eine Stufe gestellt. Und dann geschehen Dinge, die man doch nicht für möglich gehalten hätte. So wurde der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) vom Berliner Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen. Das ist eine politische Entscheidung und ein unglaublicher politischer Skandal! Die Rostocker VVN organisiert Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus, erinnert an Rostocker Widerstandskämpfer*innen und kümmert sich aktuell um die Gräber von Antifaschist*innen auf den Rostocker Friedhöfen. Wir lassen uns von moralisch verwehrlosten Finanzbeamten nicht an dieser Arbeit hindern!

Im Oktober werden die Feierlichkeiten zu



30 Jahren deutscher Einheit über uns kommen. Verlogenen Pathos werden wir ertragen müssen. Von einer Einheit sind wir jedenfalls weit entfernt. Ende Januar wird in Rostock die Treuhand-Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet. Dort werden wir sehen können, wie der Prozess der Wiedervereinigung auch auf der ökonomischen Ebene von Anfang an gegen die Wand gefahren wurde.

Wir wollen in unserem Kreisverband diese Jahrestage angemessen politisch begleiten und möglichst vielen Menschen unsere Haltung verdeutlichen. Vielleicht habt Ihr auch Ideen, in welcher Form dies geschehen könnte?

Das Jahr 2021 wirft aber schon seine Schatten voraus. Wir werden einen neuen Landtag wählen, zeitgleich mit der Bundestagswahl. Dafür werden wir bereits 2020 die Weichen stellen. Unser Kreisvorstand hat sich mit einem klaren Zeitplan beschäftigt und wird ihn noch im Dezember beschließen. Schon früh wollen wir auch die Stadtteilverbände in die Debatte über das Wahlprogramm einbeziehen, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in Rostock ins Gespräch kommen.

2020 wird kein Wahljahr, aber trotzdem liegt viel Arbeit vor uns. Packen wir es gemeinsam an, liebe Genossinnen und Genossen! An dieser Stelle möchten wir uns

herzlich für Euer Engagement im zurückliegenden Jahr bedanken. Wir haben nicht nur die Wahlkämpfe zur Kommunal- und Europawahl gemeinsam bestanden, sondern jede und jeder hat einen eigenen Beitrag für das politische Wirken und menschliche Miteinander in unserem Kreisverband geleistet. Dafür fühlt Euch umarmt!

Wir wünschen Euch erholsame Feiertage, Gesundheit, Wohlergehen und ein wachsames Auge auf die Ungerechtigkeiten in der Welt.

Herzlichst,
Eva-Maria Kröger & Carsten Penzlin

◀ KOLUMNE

ROTFEDER UND DAS LINKSSEIN IM 21. JAHRHUNDERT

Am 21. November saß ich zwischen vielen Zeitgenossen, die von der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau hören wollten, was es heute heißt, links zu sein und zwischen anderen Leuten, die das zweifelsfrei ganz genau zu wissen meinten. Vielleicht waren auch einige Menschen gekommen, die es vergessen haben aber sich erinnern, dass sie es einmal gewusst haben. Der Saal im Peter-Weiss-Haus war brechend voll. Ab 15 Minuten vor Beginn der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden immer noch weitere Stühle hereingetragen. Das Interesse war groß.

Katharina Schlaack begrüßte die Besucher, stellte Petra Pau vor und stieg in das Thema mit der Fragestellung ein, warum in Zeiten des weltweiten Rechtsrucks linke Ansichten nur so marginal wirksam seien. Vielleicht liege es daran, dass Linke zu sehr im Kampf für Vergangenes wahrgenommen werden und nicht im Kampf für Zukünftiges.

Petra Pau stellte als Hauptziel der Anstrengungen der Linken das Bestreben dar, den Inhalt des Artikels 1 des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen. Nicht nur die Würde der weißen Biodeutschen sei unantastbar, sondern die aller Menschen. Linke seien die wahren Verfassungsschützer. Links sei nicht Sein, sondern Tun, meinte sie.

Nachdem Petra Pau an den sehr progressiven Verfassungsentwurf des Runden Tisches von 1990 erinnert hatte, stellte sie ihre Überlegungen zum Scheitern der DDR zur Diskussion, ohne sich lange daran aufzuhalten. Wichtiger war ihr die ge-

genwärtige Situation. Nachdem lange galt, dass es künftigen Generationen besser gehen könne, drohen nun den nächsten



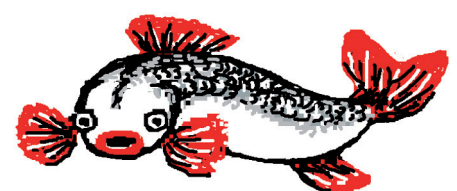
Generationen Bürden, die sie nicht mehr schultern können, wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern. Dazu hatten vor der Bundestagswahl 2017 Journalisten und Ju-

risten ein „Generationen-Manifest“ mit 10 Punkten aufgesetzt.

Ausgehend von der Marxschen Analyse, dass neue Gesellschaftssysteme immer von neuen Energieformen und neuen Kommunikationssystemen befördert werden, machte Petra Pau auf die Entwicklung der Solarenergie und der Digitalisierung aufmerksam. Linke müssen dabei auf Demokratisierungen hinwirken und weitere Zentralisierungen verhindern. Rote müssten auch Grüne und Piraten sein. Privateigentum an Produktionsmitteln solle verringert werden, ohne es dem Staat zu geben: weniger Profit, weniger Großanlagen, mehr Demokratie.

In der anschließenden Diskussion gab es deutlich unterschiedliche Themen bei den Generationengruppen. Die Jungen interessierten sich kaum für die Rückbesinnung auf Erfolge und Versäumnisse der DDR. Sie bewegt anderes. Sie warnen z. B. davor, dass die AfD mit demokratischen Werkzeugen beabsichtige, die Demokratie abzuschaffen. Ein Vertreter der weißhaarigen Generation warnte lediglich davor, dass die AfD beabsichtige, die Rente zu halbieren.

Linkssein im 21. Jahrhundert betrifft die Zukunft,



das meint eure Rotfeder

SONNABENDS VOR DER TAFEL ...

Am Sonnabend, dem 16.11.2019 haben wir, Mitglieder des Stadtteilverbandes Nordost gemeinsam mit den Aktivisten von „Aufstehen“ vor der Tafelausgabestelle im SBZ Dierkow mit einigen Betroffenen gesprochen.

Die Geschäftsstelle hatte uns einiges Info-Material zur Verfügung gestellt, das wir den dort auf die Ausgabe wartenden Menschen zur Anknüpfung eines Gesprächs überreichten. Wegen des nasskalten, diesigen Novemberwetters hatten sie sich eng an die Hauswand unter das Vordach geflüchtet. Anlass war u.a. die jüngste, leider recht halbherzige, Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungswidrigkeit der schlimmsten „Hartz IV“-Sanktionen.

Wir hatten uns einige Fragen überlegt und kamen gut ins Gespräch miteinander. Die meisten der Betroffenen hatten schon Sanktionen erdulden müssen, meist eine 30%-prozentige Kürzung. Eine Frau hatte eine Kürzung um 60% erhalten, weil sie eine Maßnahme abgelehnt hatte. Es handelte sich dabei um ein 12-wöchiges sogenanntes „Bewerbstaining“, wel-



ches sie schon einmal hinter sich gebracht hatte. Sie konnte auch auf Anheb mindestens ein halbes Dutzend Jobs aufzählen, in denen sie schon gearbeitet hatte - meist mit Ablauf der Probezeit beendet (eine

bekannte Praxis - man braucht sich nicht mit Kündigungsschutz usw. zu belasten). An der Qualität der Bewerbungen kann es ja dann nicht gelegen haben ... Die Mitarbeiter des Jobcenters (Vermittler) werden nicht als Helfer oder Betreuer empfunden, sondern als „Beamte“ (gefühllos, mechanisch) auf der anderen Seite des Tisches. Ein Tafelkunde hatte sich selbst eine Maßnahme für die Altenpflege besorgt und erhielt dann bei der Umsetzung Unterstützung vom Vermittler. Sanktionen hat auch er erdulden müssen.

Einiges hatte sich seit unserer letzten Aktion verbessert, so war die Reihenfolge des Aufrufens der Kunden verändert worden, damit alle einmal in den Genuss des vollen Sortiments des Angebotes kommen.

Was mir auffiel, war der Umstand, dass meines Wissens die Bürgerschaft die Ein-

führung einer ermäßigten Monatskarte (spielte bei unseren letzten Tafel-Aktionen eine Rolle) für Empfänger von Leistungen nach SGB II, XII usw. beschlossen hatte, aber dieser Beschluss scheint noch nicht umgesetzt worden zu sein.

Die Menschen, mit denen wir sprachen, fühlen sich in dieser Hinsicht uninformiert, beim Jobcenter werden sie auf so etwas nicht hingewiesen. Mit den Freunden von „Aufstehen“ haben wir beraten, ob es nicht möglich sein könnte, dass z.B. der Verein „Dau wat!“ (Arbeitslosenverband) oder eben jemand anderes solche Art Informationen auf einem Info-Blatt zusammenfassen und bei den Tafel-Ausgabestellen für die Tafelkunden auslegen bzw. aushängen könnte.

Die „Aufsteher“ planen, eventuell diese Aktionen in anderen Stadtteilen zu wiederholen und auch mit den Mitarbeitern des Jobcenters zu sprechen.

Da sich, wohl wegen des Wetters, die Zahl der Wartenden in Grenzen hielt (wir hatten schon 50 - 60 erlebt), konnten wir die Aktion, reichlich durchgefroren, nach ca. 45 Minuten beenden.

Gerdt Puchta, Stadtteilverband Nordost

HARTZ IV UND KEIN ENDE

Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut - Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren Hartz IV

Von Katja Kipping

Am 1. Januar 2020 sind die Hartz-IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Armut per Gesetz

Unsere Partei hat seit seiner Erfindung Hartz IV kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Heute wissen wir, dass wir leider recht hatten und können das mit offiziellen Zahlen untermauern.

Die Armutsücke, also die Differenz zwischen der durchschnittlichen Hartz-IV-Leistung und der Armutsgrenze, ist seit 2007 gestiegen. Sie beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze. Das bestätigt: Hartz IV ist Armut per Gesetz.

Darüber hinaus ist Hartz IV eine repressi-

ve Transferleistung. Scham, Unwissenheit, Angst vor Sanktionen und Bedarfsschnüferei führen dazu, dass bis zu 56 Prozent der Anspruchsberechtigten, die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Dies wird auch verdeckte Armut genannt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sagt dazu klipp und klar: Die hohe Quote der Nichtinanspruchnahme zeigt, dass Hartz IV äußerst ineffektiv und nicht in der Lage ist, seine verfassungsrechtliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich ein Existenz- und Teilhabeminimum zu sichern.

Unterm Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht. Das heißt, im Alltag werden Sanktionen vorgenommen, die selbst nach den harten Gesetzen keinen Bestand haben. Natürlich kann nur Recht bekommen, wer auch mit Widerspruch oder Klage für sein Recht eintritt. Das können nicht alle. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Und wir reden hier über Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben. Das zeigt, Hartz

IV bedeutet Rechtsunsicherheit.

Übrigens haben alle bisherigen Sozialminister die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Sanktionsbetroffenheit in die Irre geführt. All die Jahre hieß es nur, rund drei Prozent seien betroffen. Dieser Wert bezieht sich auf einem Stichtag. Auf das gesamte Jahr bezogen ist die Zahl erheblich höher („jährliche Sanktionsverlaufsquote“).

Der Unterschied zwischen Stichtag und jährlicher Sanktionsverlaufsquote ist einfach erklärt: Wenn wir ermitteln, wie viele Menschen eines Landes an einem Stichtag an Grippe erkrankt sind, kommt man in der Regel auf eine deutlich niedrigere Zahl, als wenn man schaut, wer im Laufe eines Jahres mindestens einmal an Grippe erkrankte. Wir meinen: Die Jahresverlaufsquote zeichnet ein realistischeres Bild.

Bis 2019 gab die Bundesagentur für Arbeit jedoch nur die Prozentsätze an einem Stichtag an. Erst die Intervention der LINKEN führte zu mehr Transparenz. Nun ist es offiziell: Rund neun Prozent derjenigen Erwerbsfähigen, die im Verlauf eines Jahres von Hartz IV leben mussten, erhielten eine Sanktion. Sie mussten also mit einem

Einkommen unterhalb des Existenzminimums leben.

Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Karlsruhe schiebt Riegel vor bisherige Sanktionspraxis

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt noch einmal: Es gibt ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Um das Gericht zu zitieren: „Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften & sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu.“

Und deshalb sind Sanktionen, die um mehr als 30 % kürzen, unvereinbar mit der Menschenwürde. Das Bundesverfassungsgericht hat einen Riegel vor die bisherige Sanktionspraxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen – inzwischen gemeinsam mit den Grünen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Wir werden immer mehr. Auch die jüngste gemeinsame Erklärung von Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen anlässlich des Sanktionsurteils zeigt: Der Kampf gegen die Sanktionen wird breiter und geht weiter.

Abwertung von Erwerbslosen

Nicht genug, dass die Regierung den Menschen Armut, Repressionen und Rechtsunsicherheit zumutet. Nein, sie bedient auch noch negative Klischees, wie das des faulen Arbeitslosen. Vor rund sechs Monaten sagte beispielsweise ein CDU-Redner während einer Hartz-IV-Debatte im Bundestag: Hier werden „diejenigen, die fleißig sind und wenig Geld haben, von denen noch ausgebeutet, die anstrengungslos von der Umverteilung leben.“ „Anstrengungslos von der Umverteilung leben“ – so diffamiert die Union Hartz-IV-Betroffene.

Tatsache ist, nur jeder Vierte in Hartz IV ist im engen Sinne arbeitslos. Nur jeder Vierte! Die anderen stecken in Maßnahmen, Weiterbildung oder müssen trotz Erwerbsarbeit aufstocken bzw. sind Kinder. Mal ganz davon abgesehen, dass Erwerbsarbeit nicht die einzige Form von Leistung an der Gesellschaft ist.

Wer so wie der CDU-Redner gegen Hartz-IV-Beziehende hetzt, heizt bewusst eine Stimmung gegen Langzeiterwerbslose an: Studien bestätigen, dass neben Asylsuchenden Langzeiterwerbslose die Gruppe sind, die immer stärker abgewertet werden. Im Zeitraum 2018/19 hatten über 52 Prozent in der deutschen Bevölkerung eine abwertende Meinung über Langzeit-

erwerbslose. Zur Armut kommt also auch das Gefühl hinzu, stigmatisiert zu werden. Verantwortungsbewusste Politiker*innen müssen dem entgegenreten, anstatt es noch zu befeuern.



Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt

Wenn wir als LINKE im Bundestag für höhere Hartz-IV-Regelsätze streiten, heißt es aus der Regierung oft: Arbeit statt Almosen. Nun wollen wir natürlich, dass Erwerbslose bei der Suche nach Erwerbsarbeit besser unterstützt werden. Tatsache ist aber: Die Regierung stellt für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung pro Kopf zur Verfügung steht. Nur ein Fünftel pro Kopf. Da fragt man sich schon, warum ist der Bundesregierung die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen so wenig wert?

Kein Wunder, wenn dann jede 2. Arbeitsaufnahme nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herausführt. Soll heißen, trotz eines Jobs müssen die Betroffenen weiter aufstocken, da der Lohn nicht zum Leben reicht. Und mehr als jede 3. Arbeitsaufnahme dauert kürzer als 6 Monate. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Angriff auf Arbeitsstandards

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen den Eindruck erwecken, niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen.

Natürlich die Beschäftigten, wie Verkäuferinnen, Pflegekräfte, Busfahrer – sie alle verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ja ihre Kämpfe um höhere Löhne. Zu fragen ist jedoch: Was hat z.B. die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen schlecht geht? Kann sie davon ihren Kindern auch nur ein Paar Schuhe mehr kaufen? Nein.

Blick nach vorn

15 Jahre Hartz IV – ist für uns auch ein

Anlass nach vorne zu schauen, wohin die Reise gehen soll.

Es ist höchste Zeit, mit dem Hartz-IV-System zu brechen und es zu überwinden durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die sicher vor Armut schützt. Freiheit von Armut für alle ist möglich! Viele, auch ich, streiten darüber hinaus für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Wo Solidarität praktisch wird

Mehr als 15 Jahre Hartz IV sind auch Jahre voll Kampf – geführt von Betroffenen, Sozialverbänden, Gewerkschaften. An dieser Stelle möchte ich einmal danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen und Betroffenen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz, ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen! Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

SPD fordert Kindergrundsicherung - glaubwürdig?

Kurz vor der Vorsitzendenwahl bei der SPD fordert der Vizekanzler und Finanzminister, Olaf Scholz, eine Kindergrundsicherung, mehr bezahlbares Wohnen und eine bessere Gesundheitsversorgung. Dies stößt bei den Landesvorsitzenden der LINKEN in M-V auf Kritik:

„Das ist ein durchschaubarer Zug des Vizekanzlers und Wirtschaftsliebblings Scholz“, so Torsten Koplín. „Die SPD ist eine gefühlte Ewigkeit an der Bundesregierung beteiligt. Alle Vorschläge, die Scholz jetzt vorbringt, hätte man mit Mehrheiten jenseits der CDU durchsetzen können. Das wollte auch er nicht.“

Wenke Brüdgam ergänzt: „Bislang trat das soziale Gewissen der SPD immer erst vor wichtigen Landtags- und Bundestagswahlen in Erscheinung. Nun werden ähnliche Versprechungen bereits vor wichtigen Parteitagen gemacht. Solange sich die Sozialdemokraten wie auch in M-V an die CDU ketten, werden solche richtigen und vernünftigen Vorschläge nicht umgesetzt.“ In Mecklenburg-Vorpommern ist jedes dritte Kind von Armut betroffen. Jahrelang wurde der soziale Wohnungsbau verschlafen oder ignoriert und seit 2017 erst 540 Sozialwohnungen geschaffen. Dieser Umstand sei angesichts der Vorschläge von Scholz und der Regierungsbeteiligung der SPD wenig erbaulich und trage nicht zur Glaubwürdigkeit der Sozialdemokraten in Bund und Land bei.

ÜBER SAHRA WAGENKNECHT

Im September erschien ein viel beachtetes Buch über Sahra Wagenknecht. Die Lektüre lohnt sich.

Sahra Wagenknecht wurde kürzlich von einem Meinungsforschungsinstitut zur beliebtesten Politikerin Deutschlands gekürt, just in dem Moment, in dem ihre politische Karriere gefühlt einen frühen Abschluss erfährt. Sie räumt ihren Platz an der Spitze der Fraktion, weil – und das gibt sie selber zu – die Aufgaben einer Fraktionsvorsitzenden ihrem Naturell nicht entsprechen. Wird sie nun ihren Platz in der Politik finden, an dem sie ihre Stärken auch zum Nutzen ihrer Partei voll ausspielen kann? Schließlich ist Sahra im positiven Sinne einzigartig in der deutschen Politik, auch und gerade weil sie einen Gegenentwurf zum klassischen Politikertypus darstellt. Klug und analytisch, schüchtern und distanziert, aber gleichzeitig eine begnadete Rednerin. Stets auf einer Gratwanderung zwischen Politik und Wissenschaft, sich an Marxens Credo orientierend, die Welt nicht nur zu analysieren, sondern zu verändern.

Sahra hat in der jüngeren Vergangenheit viel Einblick in Privates gegeben, in Talkshows, für Pressereportagen und schließlich auch für ein Buchprojekt, das uns hier beschäftigen soll. Der Autor Christian Schneider ist Psychologe, er betreibt in seinem Buch Psychoanalyse, indem er Details aus Sahras Leben wie Puzzleteile zu einem Persönlichkeitsbild zusammenfügt, das uns den Menschen Sahra Wagenknecht erklären soll.

Da haben wir zunächst ein überaus kluges Kind, das durch Aussehen und Sozialverhalten keine Akzeptanz durch andere Kinder erfährt, das aber zum Glück Halt in Familie und früh in Büchern findet. Goethe prägt sie tief, dann Karl Marx, dessen Gesamtausgabe sie zum 18. Geburtstag geschenkt bekommt und konsequent durchgearbeitet wird. Die real existierende DDR entlockt ihr bestenfalls ironische Distanz, sie will einen anderen, nach ihren Idealen geformten Sozialismus. Für solche Querdenker und Individualisten ist in der DDR zu wenig Platz, weshalb ihr der Eintritt in die SED und das Philosophiestudium verwehrt wird. Was wäre aus ihr geworden, würde es die DDR heute noch geben? Das Ende der DDR ist für Sahra bei aller Kritik ein Schock, denn nun entfällt jegliche Grundlage zur Verwirklichung ihrer Ideale. Es kommt die „Wende“, und es ist heute im Rückblick immer noch erstaunlich, wie schnell aus der SED unter Modrow und Gysi eine Partei wurde, die die neuen

Spielregeln der „westlichen Demokratie“ annahm, sich in Parlamenten und Wahlkämpfen zu behaupten wusste und damit ihr Überleben sicherte. Das Neumitglied Sahra Wagenknecht kann oder will diesen radikalen Schritt nicht mitvollziehen, sondern beharrt in einem schrill antikommunistischen gesellschaftlichen Umfeld auf jenen Idealen, die sie schon zu DDR-Zeiten für sich entwickelt hatte. Ideale haben die führenden Genossen der PDS bei allem Pragmatismus aber auch, und sie haben



Sahra Wagenknecht 2011 in Rostock

selbstverständlich ein Problem damit, ständig das Gegenteil unterstellt zu bekommen. Daraus erwächst ein Gegensatz (insbesondere zu Gysi und Bisky), der niemals ganz verschwinden wird.

Sahra wird politisch aktiv. Aber nicht in der Kommunalpolitik, die einen sehr schnell auf den Boden der Tatsachen zurückholt. Auch nicht in einer außerparlamentarischen Bewegung, wo man durch den Austausch mit den Kampfgefährten quasi fragend voran schreitet. Ihre politische Heimat wird die Kommunistische Plattform, in der die marxistisch-leninistische Theorie und der Glaube an sie aufrecht erhalten wird. Das ist schwierig, weil in der PDS nicht wenige der Meinung sind, dass z.B. Stalins politische Praxis keine Verirrung war, sondern ihre Wurzeln in dieser Theorie hatte. Das sieht Sahra in einem Aufsatz zwar ähnlich, spricht jedoch quasi von einer Fortführung Leninscher Politik und meint das gar nicht negativ. Ein Beschluss des Parteivorstandes bezichtigt Sahra 1992 der Nähe zum Stalinismus, mit dem die Partei doch im Dezember 89 öffentlichkeitswirksam gebrochen hatte. Das riecht ein bisschen nach alten SED-Methoden administrativer Erledigung anderer Sichtweisen, muss aber natürlich auch vor dem Hintergrund

des immensen Druckes auf die PDS gesehen werden, die immer noch ums Überleben kämpft.

Es wird sehr lange dauern, bis sich Sahra von ihrem Ruf als „Stalinistin“ befreien kann. Daran hat auch der unbeirrbar Trotz der wieder einmal Ausgegrenzten seinen Anteil. Und ihr Schreibstil, dessen Formelhaftigkeit weniger an die Sprache von Goethe, Hegel und Marx erinnert, als an die „bürokratische Sprachmechanik“ (Christian Schneider) dogmatischer Funktionäre. Schonungslos greift sie die PDS-Führung als opportunistisch und reformistisch an, bis Gregor Gysi 1995 die Machtfrage stellt und Sahra nicht wieder in den Parteivorstand gewählt wird.

Nach diesem Bruch erfindet sich Sahra Wagenknecht neu, entfernt sich zusehends von der Beschäftigung mit historischen und philosophischen Fragen und wendet sich der Ökonomie zu. Auf diesem Gebiet will sie in den Debatten bestehen, die sie immer häufiger auch in TV-Talkshows führt. Nicht nur ihre Sprache verändert sich. Nachdem sie schon früher lobende Worte für Ulbrichts Wirtschaftsreformen der 60er Jahre gefunden hatte, entwickelt sie eine Haltung, die nicht jedem ihrer Anhänger einleuchten will: Sie verteidigt die soziale Marktwirtschaft gegen die Vorherrschaft der Neoliberalen. Sie studiert nun Volkswirtschaft und liebäugelt mit einer akademischen Karriere.

An eine politische Karriere in der PDS ist aus den oben dargelegten Problemen nur in Westdeutschland zu denken, wo diese Partei aber ein Schattendasein fristet. In Dortmund kandidiert sie 1998 direkt. Als später DIE LINKE entsteht, baut Sahras politische Karriere vor allem auf der Unterstützung aus den Westverbänden auf. Wer sagt, sie könne sich keine Netzwerke aufbauen, wird hier eines Besseren belehrt. Als die 35-jährige Sahra Wagenknecht 2004 ins Europa-Parlament einzieht, ist damit auch die Entscheidung über ihren weiteren Weg gefallen: Politik statt Wissenschaft. In Straßburg lernt sie den Parlamentsbetrieb kennen, aber nicht lieben. Die erste Legislaturperiode im Bundestag ab 2009 wird jedoch laut Schneider zu ihrer glücklichsten Zeit in der Politik. Hier brilliert sie als wirtschaftspolitische Sprecherin, wird in ihrer Fraktion akzeptiert. Im Oktober 2015 wird sie mit großer Mehrheit zur Fraktions-Co-Vorsitzenden gewählt. Die Gründe für ihr Scheitern in diesem Amt sieht Schneider in den gravierenden inhaltlichen Gräben („offene Grenzen“, Engagement für Aufstehen), aber

auch in Wagenknechts Persönlichkeit: Das politische Handwerk, so sagt sie es selber, ist ihr fremd.

Jetzt hat sie wieder mehr Zeit, Bücher zu schreiben, deren analytische Schärfe sogar in der bürgerlichen Presse gelobt wird. Sie hat schon in ihrem Buch „Reichtum ohne Gier“ Wege zu einer anderen Wirtschaftsordnung aufgezeigt, deren

Umsetzung zwar derzeit keine politischen Mehrheiten finden wird, aber gleichwohl wichtiges geistiges Rüstzeug für ihre Partei darstellt.

Politikerbiografien werden meist von Journalisten geschrieben. Da ist die Perspektive eines Psychologen schon interessanter, denn er nimmt sich die Zeit für längere Reflexionen, in denen er z.B. auch die DDR

verstehen lernen will. Tiefgründig und kompetent analysiert er nicht nur den geistigen und politischen Weg Wagenknechts, sondern ordnet diesen in die Geschichte der BRD seit 1990 und den Entwicklungsweg der Linkspartei ein. Schon deshalb ist dieses Buch absolut lesenswert, es ragt aus der Masse der Politikerbiografien heraus.
Carsten Penzlin

◀ AUS DEM LANDESVERBAND DIE LINKE - EINE ZUKUNFTSPARTEI!

von Wenke Brüdgam und Torsten Koplín

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist keine Frage mehr, es ist vollkommen klar, dass wir in einer Zeit leben, in der Politik und auch der Anspruch an Politik sich wandeln. Die Frage, die sich für uns daraus ableitet, ist nur, ob wir diese Herausforderung annehmen und aufzeigen, dass wir eine Zukunftspartei sind, oder ob wir abwarten und hoffen wollen, dass dieser Wandel sich überholt und doch alles so bleibt wie es ist.

Wir sagen ganz klar: Wenn wir wollen, dass die Gesellschaft sich ändert, dann müssen auch wir uns ändern. Die politische Orientierung der Wählerinnen und Wähler ist sprunghafter geworden, sie ist themenorientierter und sie ist kurzweiliger. Wir haben den Anspruch, eine Partei für den Alltag und nicht nur für die Wahltage zu sein und dafür müssen wir eine Partei in Bewegung sein.

Das heißt, dass wir sowohl in der Lage sein müssen, Alternativen zur aktuellen Politik zu entwickeln, aber auch eigene Vorstellungen in der Gesellschaft zu diskutieren und dabei auch Fragen zu stellen, die für viele noch vor einiger Zeit schwer vorstellbar waren. In der Mieten- und Wohnraumthe-

matik steht zunehmend die Eigentumsfrage im Mittelpunkt. Wenn wir über Mobilität reden, sprechen wir dann über Daseinsvorsorge oder über Gewinnmaximierung? Dürfen Lebensmittel Spekulationsobjekte sein und wie kann man Schule eigentlich zeitgemäß gestalten ohne Lehrkräfte zu über- und Schüler*innen zu unterfordern? Als Partei in Bewegung fordern wir gute Bildung, gute Arbeit und ein gutes Leben



für alle. Dies kann und wird nur durch Umverteilung gelingen. Eine Reichensteuer, die ihren Namen auch verdient, eine Mindestrente von 1.050 €, statt eine Grundrente, die genau diejenigen ausschließt, die sie doch am meisten brauchen, nämlich jene, die sich mit Mini- und Midijobs

durch´s Leben geschlagen haben. Eine Umweltpolitik, die sich nicht losgelöst von Sozialpolitik sieht und die diejenigen in den Fokus rückt, die täglich weiter unsere Umwelt verschmutzen, nämlich die Großkonzerne!

Am Anfang großer Veränderungen stand immer eine Bewegung. Vor dem Frauenwahlrecht die Frauenbewegung, vor der Energiewende die Anti-Atomkraft-Bewegung. Es ist an der Zeit, dass sich in unserer Gesellschaft etwas bewegt, dass die soziale Schere, die sich seit vielen Jahren weit auseinander bewegt, endlich wieder schließt. DIE LINKE ist ein Teil der sozialen Bewegung unserer Zeit und sie ist DIE Partei dieser sozialen Bewegung. Dafür müssen wir wahrnehmbar sein, vor Ort sein und immer wieder unseren Wert verdeutlichen. Wir machen´s gerecht!

Wir erfüllen unsere Partei mit Leben, auf den Straßen, in den kommunalen Vertretungen, in den Vereinen und im Freundeskreis. Jede*r Einzelne von uns kann etwas bewegen. Jede*r Einzelne von uns muss sich bewegen für eine bessere Zukunft. Doch nur gemeinsam sind wir eine Bewegung, die die Zukunft sozial gerechter machen kann.

AUS DEM LANDTAG: Kommission empfiehlt Lockerung des Friedhofszwangs

Zur vorletzten Sitzung der Expertenkommission „Bestattungskultur in Mecklenburg-Vorpommern“ erklärt die Vertreterin der Linksfraktion in der Kommission, Eva-Maria Kröger:

Die Kommission empfiehlt mehrheitlich, die Möglichkeit der zeitweiligen Mitnahme der Urne in die Häuslichkeit einzuräumen – sofern der Verstorbene nicht etwas anderes verfügt hat.

„Viele Menschen wünschen sich eine diesbezügliche Lockerung des Friedhofszwangs. Sie wollen die Urne noch eine Weile bei sich haben, um Abschied zu neh-

men. Ich freue mich sehr, dass die Kommission diese Wünsche respektiert. Diese gute Entscheidung ist ein Ergebnis langer und intensiver Diskussionen.“

Abgelehnt hat die Kommission die Teilung der Asche, die Entnahme von kleinen Mengen Asche zur Herstellung von Erinnerungsstücken (Mini-Urne, Erinnerungsdiamant u.ä.).

„Geringe Mengen Asche werden auch heute schon entnommen, um kleine und ganz persönliche Erinnerungsstücke herzustellen. Diese neue Form der Erinnerungskultur sollte endlich per Gesetz legalisiert werden. Es ist sehr schade, dass die Kommission diese Empfehlung an die Landesregierung nicht ausgesprochen hat.“



◀ SENIORENPOLITIK

VON DER ERWEITERTEN SPRECHERRATS-TAGUNG DER BAG SENIOREN IN SCHWERIN

Als Vertreter der LAG Seniorenpolitik, unter ihnen auch Mitglieder der Rostocker AG, am Morgen des 12. September den Tagungsraum des Landesvorstands betreten, ist das Ergebnis der Beratung noch nicht absehbar. Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaften aus den Bundesländern haben sich in Schwerin versammelt, um über



die Arbeit der LAG im ländlichen Raum zu beraten.

Wie vermitteln wir unsere Standpunkte und gewinnen dadurch mehr Menschen für unsere gemeinwohlorientierten Anliegen? - Dieser Grundgedanke zog sich als „Roter Faden“ durch die Beiträge der Referenten und bestimmte die folgenden Diskussionen.

Björn Griese, stellv. Landesvorsitzender

und u.a. Bürgermeister von Warin, ging bereits bei der Begrüßung auf den entscheidenden Kontakt zu den Menschen durch die Verbindungsaufnahme und Einbeziehung von Vereinen ein.

Zum Erfahrungsaustausch trugen insbesondere Genossin Liebich als Landesgeschäftsführerin der Volkssolidarität mit der Vorstellung ihrer Organisation sowie Genossin Barbara Borhardt mit ihrer langjährigen Erfahrung in diesem Sektor bei.

Bei den Teilnehmern aus unserem Bundesland wie auch bei den auswärtigen Gästen fanden die Ausführungen von Frau Dr. Anna-Konstanze Schröder, Landesgeschäftsführerin des Heimatverbandes MV, großes Interesse. Wir erhielten einen Einblick in die Vielfalt der Vereine und Organisationen, die sich in unserem Land der Heimatpflege widmen, und welche Anknüpfungspunkte sie für die gemeinsame Arbeit bieten.

Hilfreich erwies sich der Vortrag des Leiters des Demokratiezentrum Westmecklenburgs, Genossen Dr. Daniel Trepdorf, über die Veränderungen bei der Rolle des Ehrenamts und seine Erläuterungen zur diesbezüglichen Motivation.

Der Einladung zur Tagung war ebenfalls der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, Genosse Bernd Rosenheinrich, gefolgt. Er vermittelte uns, und besonders den Vertretern aus den anderen Bundesländern, Informationen und Erfahrungswerte aus der Arbeit mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz und dem Wirken des Altenparlaments MV.

Im Ergebnis der Veranstaltung wird sich die LAG Seniorenpolitik MV in Verbindung mit dem Landesvorstand als Aufgabe die Entwicklung von Arbeitsgemeinschaften in den Kreisverbänden stellen.

Auch für die AG Seniorenpolitik Rostock hat der gegenseitige Austausch einen starken Impuls für die weitere Arbeit gegeben, der uns bei den Vorhaben 2020 hilft, in denen es um die Kooperation mit demokratischen Kräften, über Organisationsgrenzen hinaus, geht. Dazu passt die gegenwärtige Strategiedebatte in unserer Partei, an der wir uns als Senioren natürlich beteiligen. Zur Vermittlung und Umsetzung unserer Ziele brauchen wir schließlich mehr Mitstreiter und Sympathisanten, die wir in und außerhalb unserer Reihen, suchen und finden wollen.

Wir bleiben dran.

Klaus Röber (Sprecher AG Seniorenpolitik Rostock)

◀ KOMMUNALPOLITIK

KLÄRSCHLAMM UND KEIN ENDE

Günter Hering und ich haben am 14.11.19 an der Regionalkonferenz der IHK teilgenommen, die sich mit der Zukunft der Klärschlammverwertung beschäftigte. Angekündigt waren 5 Referenten, Prof. Nelles von der Uni Rostock, Herr Timmerhaus von REMONDIS, der GF der Klärschlamm-Kooperation MV, Herr Rhode und Herr Rudolph, GF der Stadtwerke Güstrow.

Prof. Nelles gab einen Überblick über die laufenden Forschungen zur Phosphor-Rückgewinnung und die aktuelle Situation zur Klärschlammverwertung - seine Ausführungen stimmten im Wesentlichen mit denen überein, die die Verbrenner der KK MV bei den verschiedenen Bürgerversammlungen von sich gegeben hatten. Die Möglichkeiten der Carbonisierung, HTC, Pyrolyse wurden nur kurz gestreift, aber es wurde dargelegt, dass die Anlage in Relzow arbeitet und Vorpommern-Greifswald mit der Carbonisierung arbeiten.

An der Uni besteht ein Biomasseforschungszentrum (AUF-Team?), das sich u.a. mit der Phosphor-Rückgewinnung beschäftigt und Fördermittel vom Bund im Umfang von EUR 7 Mio. zur Verfügung hat. (Wir merken uns: **7 Mio. € zur Entwicklung eines Verfahrens, das bei der Carbonisierung gar nicht gebraucht wird.**)

Der **Herr Timmerhaus** stellte ein thermisch/chemisches Verfahren zur P-Rückgewinnung vor, das REMONDIS entwickelt hat und im Rahmen einer ÖPP mit einbringen würde. Er präsentierte eine Phiolen mit einer klaren Flüssigkeit, Phosphorsäure (Repacid), als Endprodukt. Da diese ja nicht auf dem Acker ausgebracht werden kann, dient sie lediglich als Ausgangsstoff für Phosphordünger. Über die Kosten für Gebührenzahler und Landwirt wurde nichts verlautet.

Der GF der KK MV, **Herr Rhode**, gab alles

bisher Bekanntes von sich, leicht modifiziert. Stattgefundenes Scoping beim Stal, 15 Gesellschafter (kommunale Zweckverbände), zwei sollen dazu kommen. P-Recycling ist noch nicht geklärt (damit auch die Kosten nicht!). Täglich 10 LKW für Anlieferung, 250 TEUR/a Gewerbesteuer für die HRO, Schaffung von 13 qualifizierten Arbeitsplätzen. Herr Rhode wucherte mit dem Pfund der gesellschaftsvertraglich gebundenen Andienung der vorgetrockneten Originalsubstanz durch die Zweckverbände.

Herr Rudolph von den Stadtwerken Güstrow brachte das Gelände der ehem. Zuckerfabrik als Standort für eine „Landeslösung“ ins Gespräch, die die Stadtwerke im Verein mit REMONDIS und einem Bewerber für die thermische Verwertung betreiben wollen. Im Wettstreit mit der KK MV legte er den im Landesmaßstab gesehen zentraleren Standort und die P-Recy-

clinglösung auf die Waagschale. Die Stadt Güstrow hat eine BIOINDUSTRIE Projektgesellschaft mbH in Gründung, die das Ganze betreiben soll. Auf entsprechende Nachfrage bei der Diskussion bestätigte Herr Rudolph, dass auch ein Pyrolyseverfahren, wenn von einem Bewerber angeboten, eine Chance hätte (dann hätte sich aber REMONDIS erledigt). Herr Rudolph ging von einem Investitionsvolumen von EUR 70 Mio. aus.

Bemerkung dazu: Nochmal zur Erinnerung: 3 Vorteile der Carbonisierung sind: 1. Im Wesentlichen kein CO²-Ausstoß; 2. Phosphor bleibt im Endprodukt erhalten; 3. Carbonisierungsanlagen sind billiger als Verbrennungsanlagen und passen (Größe eines Schiffscontainers) auf jede Kläranlage - damit keine Transport zu einem zentralen Standort erforderlich.

In der nachfolgenden Diskussion traten vor allem die Mitglieder der Bürgerschaft von der CDU Majerus und Daniel Peters in Erscheinung, die den sichtlich überforderten Herrn Rhode mit sehr zielgerichteten Fragen ins Schwimmen brachten. Die Antworten ließen wieder erkennen, dass von Seiten der KK MV Falschdarstellungen üblich sind. So hatte Herr Rhode das Abstimmungsergebnis für die Verbrennungsanlage falsch wieder gegeben. Die Zahl der LKW wurde zu gering angegeben, da der Abtransport der Asche unterschlagen wurde.

Eine pikante Petitesse: Herr Rhode wurde gefragt, wie es möglich wurde, dass das zur als Standort für die Verbrennungsanlage vorgesehene Grundstück (soll von den Stadtwerken gepachtet werden) aus dem

B-Plan herausgenommen wurde (der diese Verwendung des Grundstückes ausgeschlossen hätte). Beantwortet wurde dies durch die anwesende Frau Ines Gründel, Bauamtsleiterin und Vorsitzende des Warnow-Wasser- und Abwasser-Verbandes in Personalunion, die sich selbst die entsprechende Genehmigung erteilt hatte. Grundlage sei ein „anwaltschaftliches Gutachten“ gewesen. (Wenn ein Anwalt mit einem Gutachten beauftragt wird, begründet er rechtlich die Auffassung seines Mandanten. Es handelt sich allgemein um eine reine Rückversicherung, um eine Haftung für Fehlentscheidungen möglichst auszuschließen.)

Auf die Frage von D. Peters, warum das Unternehmenskonzept, das die KK MV als Grundlage für die Abstimmung in der BS eingereicht hat, von dem jetzigen abweicht, wusste Herr Rhode keine rechte Antwort (z.B. Grundstücksgröße 0,6 ha statt 1,2).

Dr. Günter Hering stellte die Frage an Prof. Nelles, warum die Empfehlung des Weltklimarates im Sonderreport 1.5 vom Oktober 2018, statt zu verbrennen zu carbonisieren, bei den Überlegungen von Prof. Nelles keine Rolle spielt. Die Antwort wäre eine Politikern würdig gewesen - ausweichend, allgemein, nichtssagend usw. Erst als Dr. Hering nochmals auf eine Antwort drang, gab der Professor zu verstehen, dass er von Pyrolyse nicht viel halte. (Hier erinnern wir uns mal schnell wieder an die 7 Mio. € s. oben).

Also:

1. Es gibt nun schon zwei Bewerber um eine „Landeslösung“. Inwieweit diese „Landeslösung“ eine gesetzliche Pflicht

zur Lieferung der OS beinhalten würde, die die vertragliche Andienungspflicht aushebeln würde, ist nicht bekannt. Es muss aber etwas geben, was den Güstrower Optimismus beflügelt. 2. Es hat sich wieder gezeigt, dass die Angaben der KK MV in wesentlichen Punkten falsch sind und die KK MV-Vertreter nicht vertrauenswürdig sind (was aber bereits bei den früheren Veranstaltungen deutlich geworden ist). Wieso Mitglieder der Bürgerschaft aus unseren Reihen diesen trotzdem trauen und für deren Vorlage stimmen, ist ein Rätsel! Es gab genügend Gelegenheiten, sich zu informieren, genauso bestand genug Zeit, sich im Vorfeld der Abstimmung mit dem Thema zu beschäftigen.

3. Ich hätte mir gewünscht, dass unsere Abgeordneten auch so bestimmt und wohlvorbereitet aufgetreten wären wie die CDU-Leute (mit denen mich wahrhaftig keine Freundschaft verbindet)! Günter hat unsere Ehre hoch gehalten. Anwesend waren Philip Bock und Kristin Schröder. Kristin hat die Konferenz vor der Diskussion verlassen und somit nicht miterlebt, wie Herr Rhode „auseinander genommen“ wurde. Philip hat sich nicht geäußert.

4. Über die Höhe der zu erwartenden Gebührenhöhung konnten oder wollten alle anwesenden Referenten nichts sagen.

5. Es ist ein Irrtum, zu glauben, die durch die KK MV getragene Verbrennungslösung sei kommunal. Wer etwas recherchiert, wird feststellen, dass personelle Verquickungen mit REMONDIS bestehen (Stichworte: Grevesmühlener Zweckverband, Aufsichtsratsvorsitzender der KK MV).

Gerd Puchta

Spendenmarsch zugunsten der Kirchgemeinde Biestow - Freundeskreis Flüchtlinge

Pressemitteilung von Kristin Schröder (DIE LINKE) und Stefan Posselt (SPD) - beide aus dem Ortsbeirat Rostock-Südstadt:

Am 02.12. will die sogenannte Alternative für Deutschland im Rostocker Süden gegen den Bau einer Moschee auf dem Groten Pohl demonstrieren. Die Aufrufe zur Demo vermitteln dabei den Eindruck, dass ein Gebäude mit Minaretten und Kuppeldach vorgesehen seien.

Angesichts dieser offenkundigen Unwahrheiten drehen die Bürgerschaftsmitglieder im Ortsbeirat Südstadt Kristin Schröder (DIE LINKE) und Stefan Posselt (SPD) den Spieß nun um und rufen die AfD-Demonstranten zum Spendenlauf für Toleranz und Mitgefühl auf: „In Anlehnung an die Rostocker Sieben spenden wir sieben Cent je auf der Demo gelaufenen Meter an die Kirchgemeinde Biestow - Freundeskreis Flüchtlinge. So wollen wir ein Zeichen für Toleranz im Rostocker Süden setzen!“, er-

klärt Stefan Posselt die Idee. „Gerade in den heutigen Zeiten ist es wichtig, klare Kante und Haltung zu zeigen.“

Im Ortsbeirat Südstadt wurde die Bebauung des Groten Pohls in den letzten Jahren regelmäßig diskutiert und die Errichtung einer Moschee steht keinesfalls in den bisherigen Planungen. „Kreativwirtschaft, Wohnen und Bildung. Das sind die Schwerpunkte für den Groten Pohl“, führt die langjährige Ortsbeiratsvorsitzende Kristin Schröder aus. „In der Tat gibt es aktuell ein Gebetshaus auf dem Gebiet. Doch ist dies in einer Baracke untergebracht und gleicht nicht Mal ansatzweise einer Moschee“. Ob und wo in der Hansestadt nach der Bebauung des Groten Pohls ein neues Gebetshaus eröffnet wird, steht gegenwärtig nicht fest.

Auch ihr könnt das Projekt jederzeit mit ein paar Talern unterstützen:

Kirchgemeinde Biestow -
Freundeskreis Flüchtlinge
Konto der Ev.-Luth. Pfarre Biestow,
IBAN: DE88 1305 0000 0201 0090 56
Verwendungszweck: Flüchtlingshilfe



◀ ANTIFASCHISMUS

SOLIDARITÄT MIT DER VVN-BdA

Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben! Schwerer Angriff auf die VVN-BdA

Am 4. November hat das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit verbunden sind vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die noch in diesem Jahr fällig werden. Weitere erhebliche Nachforderungen sind zu erwarten und auch zukünftig drohen wesentlich höhere steuerliche Belastungen. Damit ist die VVN-BdA in ihrer Existenz bedroht.

Das Finanzamt Berlin handelt damit anders, als das Finanzamt Oberhausen-Süd, das der Landesvereinigung NRW die Gemeinnützigkeit am 22. Oktober gewährt hat. In beiden Fällen war derselbe Vorwurf erhoben worden. Er besteht darin, dass die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA im bayrischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als linksextremistisch beeinflusst dargestellt wird. Während das Finanzamt Oberhausen-Süd der Widerrede der VVN-BdA im Anhörungsverfahren entsprach, beharrt das Berliner darauf, dass „der volle Beweis des Gegenteils, als Widerlegung der Vermutung als extremistische Organisation“ nicht erbracht worden sei.

Das bedeutet, dass die Bewertung durch eine nachgeordnete bayrische Landesbehörde, die laut bayrischem Gerichtshof keine Tatsachenbehauptung darstellt, demnach über das Schicksal einer bundesweit arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisation entscheiden dürfen soll.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA seitdem die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u.a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten und vielfache Zeitzugarbeit. Sie informiert über aktuelle neofaschistische Umtriebe und organisiert den Widerstand in breiten Bündnissen.

Wir sind entsetzt und empört darüber, dass sich das Berliner Finanzamt die haltlosen Unterstellungen der bayrischen Be-

hörde ungeprüft zu eigen macht. Damit behindert es genau das zivilgesellschaftliche Engagement, das von Regierung und Parteien angesichts schrecklicher rechtsterroristischer Verbrechen allenthalben eingefordert wird.

Wir fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für unsere Organisation!

Wir fordern praktische Unterstützung für alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, die die Grundwerte des Grundgesetzes gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen!

Cornelia Kerth, Dr. Axel Holz (Vorsitzende der VVN-BdA Bundesvereinigung)



Kampf gegen Faschismus ist immer gemeinnützig!

Zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín, sowie die beiden Vorsitzenden des VVN-BdA Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter und Nico Burmeister:

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit unter fadenscheinigen Gründen des bayerischen Verfassungsschutzes ist ein Skandal. Während sich in Binz auf Rügen Rechtsextreme feiern und rechte Terrornetzwerke auch in Mecklenburg-Vorpommern jahrelang unbehelligt bleiben, werden organisierte Antifaschisten angegriffen. Wir sagen: „Der Kampf gegen Faschismus ist immer gemeinnützig!“

Die Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz,

Vereinen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, wenn sie sich politisch betätigen, sind haarsträubend und ein Angriff auf engagierte Demokraten. Wir werten dieses Vorgehen als Einschüchterung und rufen aktiv zur Solidarität mit der VVN-BdA auf. Wer jetzt noch nicht Mitglied ist, sollte dies schnell tun.

**Offener Brief von Esther Bejarano
Das Haus brennt – und sie sperren
die Feuerwehr aus!**

Offener Brief an den
Bundesminister der Finanzen
Herrn Olaf Scholz
Wilhelmstraße 93
10117 Berlin

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes

Sehr geehrter Herr Minister Scholz, seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik? Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im



Aktion unseres Landesverbandes gegen das Treffen der AfD-Flügel-Vertreter in Binz

Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle. „Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet.

Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten ‚als Denkmal der Schande‘ sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss in deutscher Geschichte‘ bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrenmünze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundes-

präsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“, für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie: Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen? Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN-BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ehrevorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Am Morgen des 10. November 1938 brannte auch in Rostock die Synagoge. In jedem Jahr wird an dieses Verbrechen erinnert, so auch in diesem Jahr. Nach einer Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof im Lindenpark durch die Bürgerschaftspräsidentin Regine Lück gingen die Teilnehmenden gemeinsam zur Gedenkstele in der Augustenstraße, wo u.a. die Namen der ermordeten Rostocker Jüdinnen und Juden verlesen wurden.

An der Gedenkveranstaltung nahmen deutlich mehr Menschen teil, als in den vergangenen Jahren. Lag es am arbeitsfreien Sonntag, oder am Anschlag von Halle, der uns deutlich vor Augen führte, wie bedroht jüdisches Leben in Deutschland wieder ist?

Am 9. November organisierten junge Antifaschist*innen auf dem Doberaner Platz eine eigene Gedenkveranstaltung. Es gab Reden und jüdische Musik – insgesamt eine sehr gelungene Sache. Es stimmt doch hoffnungsfroh, dass sich junge Menschen so intensiv mit dem Thema beschäftigen und öffentlich klar Haltung beziehen. CP



AUS DEM LANDTAG: 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte ins Grundgesetz!

Zum 30-jährigen Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:

„Die Annahme der Konvention durch die UN-Generalversammlung war ein wichtiger Meilenstein zur Anerkennung von Kinderrechten und muss entsprechend gewürdigt werden.

Immer noch sind wichtige Rechte von Kindern nicht umgesetzt, Minderjährige von Gewalt und Vernachlässigung bedroht. Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist in M-V besonders hoch. Sie sind in der Folge in vielen Bereichen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen, können sich etwa einen Kinobesuch nicht leisten oder an Klassenfahrten nicht teilnehmen.

Die Armut geht sogar so weit, dass jetzt in der kalten Jahreszeit das Geld für warme Winterbekleidung fehlt. Kinderarmut hat negative Folgen für die Bildung, Teilhabe und Gesundheit.

Meine Fraktion hat in der vergangenen Woche im Landtag erneut die vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention gefordert – insbesondere die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz (Drs. 7/4310). Nur so erhalten sie mehr Verbindlichkeit und werden Maßstab bei allen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben unseren Antrag erneut abgelehnt.“



Kindergrundsicherung für einen guten Start ins Leben!

DIE LINKE.

In `n Christmaand, fiern wi Wihnachten un verawschieden dat olle Johr.

An ´n Heiligabend ward woll mien Urenkel, Mats, werrer stürmisch an de Dör kloppen un melden, dat de Bescherung los gahn kann; egal, ob mit orer ahn Wihnachtsmann, Hauptsak, dat gifft Geschenke.

Denn erinnere ick mi ok an miene Kindheit, as wi noch för denn Ollen mit ´n langen witten Bort ein Gedicht upseggen un verspräken müssen, ümmer schön ortig tau sin. Ick kreech denn meist as nieget Spältüg, ein Frierwehrauto orer Iesenbahn tau ´n Updrehgen, späder ok schon einen Stablbukasten un jedet Johr Ersatzdeile. Lego geef dat dor noch nich. Un hüt is de Mod all werrer wieder. Mien Urenkel wünscht sik ein Smartphone, womit hei Videos maken, schriewen un telefonieren kann. Ick kann disse „Handys“ nich lieden, weil ümmer mihr Lüd dormit in Straatenbahn, Arztpraxen un sünstwo rümhantieren un mi nervös maken. De Gefohr is grot, dat sei gegen einen Bohm orer Laternenmast lopen un sik weih daun. Wat wier dat doch noch för ein besinnlich Tied, as man sik noch ein LP up `n Plattenspüler leggt het, üm festliche Wihnachtsleeder tau hüren.

Mi kamen ok ümmer werrer Erinnerungen an Wihnachten in ´n Krieg un Gefangenschaft hoch, wat ´n Alldrohm is. Man mücht zwors disse Tied vergäten, kann dat oewer nich, denn **wer de Vergangenheit nicht kennt, kann de Gegenwart schlecht verstahn un mit dei Taukunft fartig warden.**

Dorüm het mien Fründin, Karin, de as Baby 1942 ehren Vadder an de Kriegsfront verlör un mit ehre Mama, in Rostocker Bombennächte de Wahnung, in Kirch Mulsow, ein nieges Tohus funnen. Dat wier damals eine sihr swore Tied. Tau ´n Gedenken doran un Mahnung dat nich tau vergäten, hett Karin dissen Sommer, 80 Johr nah ´n Utbruch det Tweiten Weltkriegs, einen Bohm plant. Up ein Tafel schreew sei de Mahnung: „Gegen das Vergessen!“. Dortau säd sei: „Dei Bohm sall noch in 100 Johr doran erinnern un uns mahnen, nie tau vergäten, dat dütsche Nazis 1939 denn Tweiten Weltkrieg begunnen un de Sowjetunion 1941 vertragsbrüchig oewervollen hem! Oewer 50 Millionen Minschen hett dit Verbräken dat Läben kost un völ Zerstörung un Leed bröcht. Doran sölln wi uns ümmer erinnern!“

Ick geef tau bedenken: „Denn Bohm sien stumme Mahnung ward mit de Tied ümmer

schwächer, wenn wi nich ständig ok in mit Würte un Schriften an de Verbräken erinnern, de Faschismus, Rassismus un Euthanasie de Minschheit andahn hem!. Wat passierte, is Warnung. Sei tau vergäten, is Schuld.

Man sall also ständig doran erinnern:



Wat mit de Nazis passierte, wier un bliwt werrer moeglich. Nur wenn man dat weit, hett man Kraft un Maut, Flaggtau zeigen un tau verhinne dat Neonazis Macht kriegen. Ick heff mi dorüm vörnahmen, von miene fründchaftlichen Begägungen un gegensietigen Hülpn bi de Hochseefischerie, mit Angehörigen von de Sowjetarmee

un Börgern der Sowjetunion tau vertellen, von miene Reisen mit Fründschaftstög un Touristengruppen in de Sowjetunion, dormit ok hei versteiht, woans de Sowjetvölker nah de Grote Sozialistische Oktoberrevolution dat feudalistische Russland un 15 Nationalitäten ut de feudalistische Zarenknechtschaft führt un gigantische Leistungen vullbröcht hem. Un ick ward an miene Besäuke von de Heldenstädte Moskau, Leningrad, Stalingrad un anner Urte erinnern, de ok uns in 40-DDR-Johre tau Befreiung von ´n Faschismus un dessen Ideologie, tau de dütsch-sowjetische Fründschaft führt hem. Miene Erkenntnisse oewer de Leistungen von de Sowjetvölker, de oewer 20 Millionen Minschen för de Zerschlagung det dütschen Faschismus un för denn Sieg det Sozialismus oppert, un uns ehre Fründschaft anbaden un välfältig wiest hem, dormit sik dat nich werrerhalt un de Fräden sicher is, hett ok tau miene Schwur führt:

„Nie werrer Krieg, nie werrer Faschismus!“ Mihr denn je, sähnen sik de Minschen nah Fräden. Nich blos de Christen söken in disse traditionellen Wihnachtsdaag nah Würte, de Erlüchtung un Antwort gäwen, worüm de Minschen ümmer werrer in Striet geraden un miteinander Krieg maken. De Bibel giwt up disse Frag kein Antwort. Ihrer schon dat „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 in denn dat u.a. heit:

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte es alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen den Kommunismus verbündet.“

Dorut schöpp ick de Erkenntnis, dat de ANTIKOMMUNISMUS in twei Weltkriegen un tahlrieken regionalen Kriegen, Konterrevolutionen, Terrorakten un Attentaten

sien wahren Geist zeigt un versöcht hett, Frieheit, Glikheit un Brüderlichkeit, also uns sozialistische Bewusstheit tau zerstörn.

So warden hüt de groten kapitalistischen Staaten, unner Führung der USA un ehre militante Allianz, de NATO, nich mäud, Russland, dat 1917 sik in de Sozialistische Oktoberrevolution mit ehre Nachbarstaaten tau de UdSSR (Sowjetunion) vereint hett, tau verleumden un tau schaden.

Dei Historiker George Friedman säd dortau up einen „Chicago Council on global affairs“:

„Das Hauptinteresse der USA sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Sie sind die einzigen Mächte die uns (die USA) bedrohen können. Wir haben keine Beziehung mit Europa sondern nur Beziehungen zu europäischen Staaten. Das Hauptinteresse der USA in der Außenpolitik, während des letzten Jahrhunderts im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, war und ist die Beziehung zwischen Deutschland und Russland. Weil vereint sie die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse gilt sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt! Also, wie kann man erreichen, das diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit diese Kombination zu zerschlagen, sie will eine Linie zwischen Baltikum und Schwarzen Meer. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA ein „Cordon Sanitaire“, d.h. einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Die USA liefern Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung an die Baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien!“ [Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=abll1v9PXpl> 17. März 2015 ... Beim Chicago Council on Global Affairs hielt Stratfor Chef George Friedman einen Vortrag ...]

Disse Utführungen det amerikanischen Historikers George Friedman, drapen denn Kern von de heuchlerisch USA-Politik, as wi sei ok gegenwärtig von Präsident Trump beläwen möten. Alle Versäuke, de Ukraine in de NATO tau lancieren sünd bether scheitert. Russland schützt sik dorgegen un hett, nahdem de Krim-Bevölkerung sik dörch ein Referendum för Russland entschieden hett, ok de Krim in Schutz nahmen.

De Bundesrepublik Dütschland sall leiwer, anstatt sik sülvst mit Sanktionen gegen Russland tau schaden, solidarisch mit Russland erwiesen un in friedliche Koexistenz Handel tau ´n gegensietigen Vördeil bedriegen! Dat wünsch ick uns för Niejohr 2020.

Kurt Kaiser

TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 4.12.	09:30 Uhr	Sitzung der AG Seniorenpolitik	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 7.12.	9-15 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO: Wahl Kreisvorstand und BPT-Delegierte, Wahl Landratskandidat*in	Güstrow	Bürgerhaus Sonnenplatz 1
Di., 10.12.	19:00 Uhr	Öffentliche Ideenwerkstatt Klimaschutz in Rostock. Eure Vorschläge sind gefragt! Gemeinsame Veranstaltung der rot-grün-roten Bürgerschaftsfraktionen	Rostock	Bürgerschaftssaal im Rathaus
Do., 12.12.	18:30 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 15.1.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Güstrow	Burghotel
Mo., 27.1.	15:00 Uhr	Stilles Gedenken zum Holocaust-Gedenktag	Rostock	Rosengarten
Sa., 29.2.	10:00 Uhr	Edeltraud Felfe (Ältestenrat DIE LINKE): "Alternativen zum Kapitalismus - warum und wie heute suchen?" Vortrag und Diskussion	Rostock-Eversh.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 7.3.	09:30 Uhr	1. Tagung des 7. Kreisparteitages (Neuwahl der Gremien)	Rostock	Waldemar Hof

Grundrente: Was versprochen wurde und warum sie ein schlechter Witz ist

Mit dem Koalitionsvertrag der GROKO auf Bundesebene aus CDU/CSU und SPD war eine Grundrente vereinbart worden. Die regierungstragenden Fraktionen fixierten hierzu im Februar 2018:

„Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundversicherungsbedarfs zugesichert werden.“

In den folgenden Wochen und Monaten lieferten sich die drei einen politischen Schaukampf sondergleichen. Die Christdemokraten bestanden auf Einhaltung des ausgehandelten Vertragstextes. Die SPD in Bund und Ländern mit dem Rücken an der Wand, begehrte auf und mühte sich ihre soziale Ader wieder zum Vorschein zu bringen. Sie wollte vor allem die mit der Grundrente einhergehende Prüfung der Bedürftigkeit vom Tisch bekommen.

Erzielt wurde ein Kompromiss. Die Grundrente kommt ab 2021. Eine Bedürftigkeit muss nicht mehr nachgewiesen werden. Stattdessen wird es zwischen den Finanzämtern und der Rentenversicherung einen Abgleich der Einkommensdaten geben.

Somit wird es zukünftig eine vermögensunabhängige Grundrente geben. Sparguthaben, das Häuschen oder sonstige Vermögenswerte bleiben außen vor. Das ist durchaus positiv, aber auch das einzig Positive.

Es wird abgeschätzt, dass ungefähr 1,5 Millionen Menschen deutschlandweit etwas von der Grundrente haben werden. Dafür werden 1,5 Milliarden Euro veranschlagt. Das bedeutet, dass je Empfängerin und Empfänger durchschnittlich ein Betrag von etwa 80 Euro pro Monat gezahlt werden.

Spitz gerechnet können die Anspruchsberechtigten im Westen einen Zuschlag zu ihrer bisherigen Rente von maximal 402 und im Osten von maximal 391 Euro (gerundet)

erhalten können. Es wird erkennbar, dass es sich bei der Grundrente der GROKO allenfalls um eine „Aufstocker-Rente“ handelt.

Überhaupt ist die Grundrente ein schlechter Witz:

- weil sie Altersarmut nicht gänzlich ausschließt. Sie liegt vor, wenn etwa Alleinstehende weniger als 988 Euro im Monat bekommen. Trotz der Grundrente werden viele noch unterhalb dieser Armutsgrenze liegen. Allein in Mecklenburg-Vorpommern werden es weit mehr als 6.000 Rentnerinnen und Rentner sein.
- weil in der Berechnung der Grundrente Ehefrauen an den Rentenbezug ihres Mannes gekoppelt werden. So kann es geschehen, dass eine Rentnerin mit einer bisherigen Rente von beispielsweise 540 Euro überhaupt keine Grundrente erhält, da der Ehemann eine Rente von 1.450 Euro bekommt und sie gemeinsam oberhalb des Grenzwertes von 1.950 Euro liegen. Gleichstellung der Geschlechter sieht anders aus. Und mit einer Anerkennung der persönlichen Lebensleistung für diese Frauen hat dies gleich gar nichts zu tun.
- weil es auch bei der Grundrente weiterhin die unsäglichen Unterschiede zwischen Ost- und Westrenten geben wird.

Wir LINKEN streiten für eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro. Weniger soll niemand erhalten. Denn es ist nicht akzeptabel, dass Menschen sich ein Leben lang bemüht haben, für Erziehung und Pflege von Angehörigen Sorge getragen haben, um im Alter in Armut leben zu müssen. Wir LINKEN sind die soziale Alternative zu einer Politik, die ein Leben in Würde untergräbt. www.die-linke-mv.de

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schläfer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)



LYRIK

Addition
(von Jürgen Riedel)

bügefaltenkorrekt wirkender
schwarzer Anzug
plus längst abgetragene Einsichten
plus durch häufig Gebrauch
abgewetztes Wort Demokratie
Summe heißt personifiziert
Steinmeier

◀ AUS DEM LANDTAG

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen – Misstände in M-V enorm

Zum internationalen „Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2019 erklärt der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Politik hat den Auftrag, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Frauen und Mädchen vor Ausbeutung, physischer und psychischer Gewalt geschützt und in ihren Rechten und der Selbstbestimmung gestärkt werden. Und genau daran hapert es in M-V gewaltig. Die Regierungskoalitionen aus SPD und CDU vernachlässigen seit Jahren die ausreichende Untersetzung der Strukturen im Hilfesystem. Diese geraten ins Wanken und drohen einzubrechen.

Die Opferschutztagung in Neubrandenburg zu Beginn dieser Woche hat erneut gezeigt: Es herrscht ein Notstand im Hilfesystem. Offene Stellen können nicht besetzt werden. Die verbleibenden Beschäftigten sind untertariflich bezahlt und kompensieren große personelle und finanzielle Lücken über einen langen Zeitraum. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis Schlimmeres passiert. Verbesserungen im Entwurf des

Landeshaushalts für die kommenden zwei Jahre suchen wir vergeblich. Das SPD-geführte Sozialministerium zeigt mit dem Finger aufs Parlament als Haushaltsgesetzgeber. Doch auch die SPD-Fraktion denkt nicht daran, initiativ zu werden – im Gegenteil, sie stimmte gemeinsam mit der CDU-Fraktion gegen den Antrag meiner Fraktion, den Haushaltstitel für das Hilfesystem endlich bedarfsgerecht auszustatten.

Häusliche und sexualisierte Gewalt ist in Mecklenburg-Vorpommern an der Tagesordnung und das Dunkelfeld mit 97 Prozent weiterhin riesig. Jährlich sterben 160 Frauen deutschlandweit in Folge von häuslicher Gewalt. Tausende Betroffene erleiden erhebliche Verletzungen und Traumata, von denen sie sich ein Leben lang nicht mehr erholen. Im häuslichen Umfeld oft unentdeckt, ist es daher entscheidend, ein professionelles, ineinandergreifendes Netzwerk vorzuhalten, das interveniert, Menschen schützt, begleitet und berät. Damit steht und fällt, wie schnell und nachhaltig Menschen aus Gewaltsituationen geholt und Menschenleben gerettet werden können.“



Skizzen von Wolfgang Bergt: Markgrafenheide

Up un Dal



Gewinnerin: Greta Thunberg und die Klimaaktivisten

Am 29. November 2019 gingen hunderttausende Menschen auf die Straßen. 516 Demonstrationen bundesweit für gerechten Klimaschutz und eine Zukunft ohne Klimakrise!

Verliererin: Das „Leibniz-Institut für Nutztierbiologie“ in Dummerstorf

Es soll nach dem Willen der Leibniz-Gemeinschaft aus der gemeinsamen Förderung mit Bund und Land herausfallen. Dabei kann folgendes verzeichnet werden: *Aktuell ist das FBN an 114 Forschungsprojekten in Kooperation mit 308 Institutionen in 41 Ländern beteiligt. 2018 sind 17 Promotionen abgeschlossen worden. Rund 50 Millionen Euro wurden seit Institutsgründung für Neubauten und Modernisierungen in den Dummerstorfer Forschungscampus investiert. Quelle: t-online.de-Redaktion von dpa*

Fehlen den Dummerstorfer Wissenschaftlern die Lobbyisten?

MONATSZITAT

Sogar Papst Franziskus hat das Wettrüsten mit Atomwaffen als „himmelschreienden Anschlag“ auf die Menschheit verurteilt und ein weltweites Aus von Massenvernichtungswaffen gefordert.

„Massenvernichtungswaffen beruhen auf einer perversen Logik der Angst“, sagte das Kirchenoberhaupt in Nagasaki. „Frieden und Stabilität lassen sich damit nicht erreichen.“

(Quelle: www.zeit.de)

MONATZSAHL

123

Laut Kriminalstatistik wurden im vergangenen Jahr 123 Frauen von ihren Partnern ermordet. „Die größte Gefahr für Frauen entsteht zu Hause“, erklärt Bernd Riexinger anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen. Was es brauche, sei ein solide finanziertes Netz aus Frauenhäusern, die allen Frauen in Not einen Platz anbieten können.

LYRIK

Ware (von Janina Niemann-Rich)

wahre Weihnacht
am Wühltisch verkommen

Heilig? (von Janina Niemann-Rich)

geweihte Nacht
im Weihrauch verraucht
Rauschkauf raubt Sinn